

## Elmar Altvater

### Ressourcenkrieg am Golf?

### Das Öl und die neue moralische Weltordnung

Golfdämmerung. In Wagners Trilogie treibt die Jagd nach dem Ring des Nibelungen die Riesen und Götter, die Rackernden aus Nibelheim und die Verräter aus Gibichheim, Siegfried und Wotan, Brünnhild und Hagen allesamt und miteinander in die Katastrophe. Alberich bestiehlt die Rheintöchter, Wotan jagt Alberich den Ring ab, die Riesen erpressen Wotan, Fafner bringt Fasolt um, Siegfried tötet Fafner und Hagen meuchelt Siegfried, der wiederum samt Ring im Rhein ersäuft wird. Der Ring des Rheins, das Öl des Golfes. Der CIA stürzt die legale Regierung Mossadeq im Iran und setzt das Schahregime ein (1952), die iranischen Volksmassen vertreiben den US-gestützten Schah (1979), der Irak überfällt den Iran mit wohlgefälligem Einverständnis der USA und der Saudis und der Kuwaitis (1980), der Irak einverleibt sich Kuwait (1990), die Allianz vernichtet den Irak (1991), der wiederum setzt den Golf in Brand.

*»Golföl, Golföl! Reines Öl!*

*O leuchtete noch in der Tiefe dein lautrere Tand!*

*Traulich und treu ist's nur in der Tiefe:*

*falsch und feig ist, was dort oben sich freut!«*

### Der erste postmoderne Krieg

Geht es um das schwarze Gold des Golfes, das Reichtum verspricht und Vernichtung bringt? »Natürlich geht es den Amerikanern auch ums Öl. Ich bin froh, daß es solche zuverlässig miesen Interessen gibt. Israel stünde sonst allein da.« Ganz prosaisch und unübertrefflich platt Wolf Biermann (Die Zeit vom 1.2.91). Das Golföl also ein verlässliches Vehikel der Wahrung der Überlebensinteressen Israels: Weil die Kontrolle des Öls die Vernichtung des Irak als militärischen und politischen Faktor einschließt, wird zugleich Israel geschützt. Doch in diesem Krieg ist Pyrrhus Feldherr. Es gibt nur Verlierer, und je länger er dauert desto mehr unbeteiligte, das Geschehen hilflos und konsterniert verfolgende und erleidende Menschen. Und auch Israel wird nach diesem strategischen »Spiel« in der Auszahlungsmatrix am Ende keine dauerhaften Gewinne verbuchen können. Auch die Allianz nicht, und erst recht der Irak nicht, wo außer Saddam Hussein noch 17,6 Millionen Menschen leben und sterben. Nur die britischen und US-amerikanischen Firmen, die schon jetzt mit dem Exil-Emir von Kuwait über den Aufbau des zerstörten Landes verhandeln, versprechen sich saftige Gewinne: Je mehr kaputtgebombt wird, desto mehr muß wiederaufgebaut werden. Keynes meinte es ironisch, als er davon sprach, daß Löcher in die Erde zu buddeln und sie wieder zuwerfen zu lassen, oder daß ein Erdbeben exzellente Wege der Arbeitsbeschaf-

fung seien. Zuerst gewinnt die Rüstungsindustrie beim Löcherbomben, dann die Wiederaufbauindustrie beim Zuwerfen. Bezahlt wird mit den Devisen aus dem Öl, dessen Reichtum der Region nur Unheil bringt und auf die Konten der Industrieländer umgeleitet wird.

Doch das ist nur zu vermuten, denn Genaueres wird durch die Militärzensur ungenau. Die zu beseitigenden Zerstörungen durch die Dauerbombardements werden ja derzeit nur unter dem Aspekt ihrer unmittelbaren Folgen für die irakische Feuerkraft in diesem Krieg gemessen; die ökologischen, sozialen und politischen Langzeitfolgen spielen im Kalkül der Kriegsstrategen keine Rolle, die zivilen Opfer haben Pech gehabt und sind noch nicht einmal ein Wort des Bedauerns wert, erst recht lösen sie keine Geste des Mitleids aus. »The war goes well«, sagte der oberste Kriegsherr Präsident Bush vor der Presse am 11.2.1991, nachdem ihm von den Zerstörungen durch seine Luftwaffe berichtet worden ist.

In diesem ersten postmodernen Krieg ist alles möglich und erlaubt, und Realität und Imagination verschwimmen, so daß zwischen Krieg und Videospiele Unterschiede nicht mehr ausmachbar sind und hinter der Fassade der geschönten Bilder und Berichte das katastrophische Ausmaß des Massakers unsichtbar wird. Die Betroffenheit ist ebenso diffus. Mitleiden mit Opfern, die im Gedächtnisloch der Militärzensur verschwinden, ist nur abstrakt möglich, in Erinnerung an andere moderne Kriege dieses Jahrhunderts. Faszinierte Erschrockenheit über technische Perfektion ist da authentischer. Und diffuse Angst vor dem, was mit technischen Mitteln machbar ist und uns vielleicht auch zu Opfern macht, so daß wir uns in die unsichtbare Armee der vermuteten Unglücklichen im Irak, in Kuwait, in Israel einreihen könnten. Wir wissen nicht, ob wir nur die Kosten der Destruktionsorgie mitzuberpahlen haben oder ob wir auch die schon jetzt verheerenden ökologischen Folgen hier in Mitteleuropa ertragen müssen. Wir erleben nur mit, wie mit unerbittlicher Logik die Eskalation zum Gift und zum Atomschlag fortgesetzt wird. Ja, es geht um Öl und es geht um Kuwait. Doch der Krieg frißt selbst die miesesten Interessen und mit ihnen die Zweckrationalität, mit der der Einsatz des Militärs in den ersten Tagen noch begründet werden konnte. Clausewitz hat sich eine solch horrende Irrationalität der Kriegsführung nicht vorgestellt; hier wird keine Politik mit anderen Mitteln mehr fortgesetzt.

Nur eines ist klar, zuzusagen parteiübergreifender Basiskonsens. Saddam Hussein ist das apokalyptische Tier, das den Untergang Israels, die zweite Vernichtung der Juden in diesem Jahrhundert kalt projiziert, unterstützt von denen, die vor 50 Jahren Zyklon B gewissenhaft/gewissenlos produzierten und profitlich verkauften und dann mit der exterministischen Verwendung nichts zu tun haben woll(t)en und heute wieder voll im selben Geschäft sind. Günter Anders war von der Machbarkeit der Vernichtung und von der Wirkung der Atombombe eine Dekade nach Auschwitz so erschrocken, daß er des Menschen Antiquiertheit verkündete. Der Mensch kann massenhaft andere Menschen und seine natürlichen Lebensgrundlagen vernichten. Und was der Mensch kann, das muß er auch tun: Wer Saddam - aber nicht nur Saddam - Vernichtungswaffen liefert, der muß gewärtigen, daß sie

also zweckbestimmt angewandt werden. Diejenigen, die den Diktator mit Massenvernichtungsmitteln blauäugig oder scheuklappig ausstatteten, hätten schon längst zur Lektüre der »Antiquiertheit des Menschen« verpflichtet werden müssen. Sozusagen als nicht dispensierbare Aufgabe seitens der Genehmigungsbehörde für Exportgeschäfte. Daß die Israelis nicht nur die deutschen Waffenlieferanten sondern die deutsche Gesellschaft, also auch die Linke und die Friedensbewegung, für diesen Skandal mitverantwortlich machen, ist gut zu verstehen und ihr ebenso gutes Recht. Es kommt hierzulande dann darauf an, den Händlern des Todes das Handwerk zu legen, nicht aber den Schaden durch »Zwangsabrüstung« wieder gutmachen zu wollen. Aber auch für die andere Seite gilt dies. Sind unter dem Schirm von SDI erst einmal die High-Tech-Waffen den Militärs übergeben worden, dann müssen sie auch unter realistischen Bedingungen getestet werden. Die Erfolge der Patriots sind blendend.

Saddam ist ohne Zweifel ein skrupelloser Diktator. Er hat den iranischen Nachbarn in scheinbar günstigem Moment überfallen, als die Schah-hörigen Militärs gerade abgehalftert worden waren und die Armee ohne Führung schien; er hat iranische Soldaten und Kurden vergasen lassen, die Opposition liquidiert oder zur Emigration gezwungen; er bedroht die Menschen in Israel mit Giftraketen, die Menschen am Golf mit der Kehrseite ihres Reichtums, mit der Ölpest, und die gesamte Menschheit mit dem Petro-Winter, wenn er denn den Himmel mit schwarzem Teer pflastern sollte. Doch können wir nach dieser Selbstverständigung, in der wir alle zusammenfinden, wie Cheney auf die Bomben der US Airforce beste Wünsche für Saddam schreiben? Jetzt fängt ja das Nachdenken über den Golf und den Krieg ums Öl und Israel in feindlichem Umfeld erst an. Bomben haben noch niemals in der Geschichte irgendein Problem gelöst. Das Blut, das von Bomben vergossen wird, läßt Medusenhäupter sprießen, eines schrecklicher als das andere. Die Nachfolger studieren bereits eifrig die Lektionen, die derzeit Saddam eingepregelt werden. Das Leiden der ausgebombten und verstümmelten Menschen, das in den Kriegsvideos von der Militärzensur ausgefiltert wird, gebiert Hass, den Stoff, aus dem der nächste Krieg gemacht wird. Im übrigen müßten diejenigen, die der »Zwangsabrüstung« Iraks das Wort reden und gleichzeitig die deutsche Industrie für die Waffenlieferungen verantwortlich machen, sich fragen lassen, warum die »Zwangsabrüstung« nicht an der Stätte der Produktion des Waffenarsenals, in Hamburg, Frankfurt, Bielefeld, stattfinden sollte.

### **Die imperiale Macht USA und das Völkerrecht**

In den USA sind, wie anderswo auch, die Drogen ein soziales Problem. Den Drogen wird vom Friedens-Präsidenten Bush der Krieg erklärt. Low Intensity Warfare. Drogen sind eine Ware wie andere auch, d.h. sie werden produziert, getauscht und konsumiert. Ohne Konsumtion keine Produktion. Ohne Produktion keine Konsumtion. Es stellt sich die Frage, ob die Orte der Konsumtion, die der Produktion oder auch jene der Distribution bombardiert werden sollen. Protest von

allen Seiten, als ein Präsidentenberater vorschlug, die bekannten Konsumtionsorte am Washington Square in New York, in der City Hall von Washington und am Frankfurter Hauptbahnhof und die Distributionszentren auf den Bahamas und in Amsterdam mit Raketen punktzielgenau anzugreifen. Erleichterung machte sich breit, als ein anderer meinte, es reiche doch aus, die Produktionsorte zu bombardieren und dies möglichst die ansonsten nutzlosen Armeen der Andenländer Peru und Kolumbien durchführen zu lassen. Man müsse nur eine Publicity-Kampagne einleiten, in der die Bösewichter, das Medellín-Kartell usw., möglichst mit Bild und Namen weltweit an den Pranger gestellt würden. Ein paar Drogenopfer in Fernsehen und Presse unterstreichen die Notwendigkeit der energischen Führung des Kriegs gegen die Drogen.

Wo Politik versagt, wird Krieg geführt. »Der Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens«, sagt Thomas Mann. Und die Aufgaben des Friedens wären in diesem Fall beispielsweise gewesen: den Bauern, die heute Coca anpflanzen, morgen sinnvolle ökonomische Alternativen zu geben, also einen Kaffee- und Kakaopreis zu bieten und zu garantieren, der das Überleben der Produzenten sichert. Der billige Kaffee in den Verbraucherländern würde teurer, aber der zu zahlende Preis wäre eine Lappalie im Vergleich zum Gewinn, den die Produzenten machen könnten. Ökonomische Hilfen, nicht unbedingt Dollar-Beträge, aber vernünftige Preise für die produzierten Produkte und Investitionen zur Errichtung von Arbeitsplätzen und für die Sanierung der Städte, hätten vielleicht die Cholera-Epidemie in Peru verhindern können. Besser als an Pest und Cholera zu sterben ist es immer noch, Coca für die Drogen anzubauen, wenn der Weltmarkt andere Produkte nicht honoriert.

Panama ist nicht das einzige zentralamerikanische Land, das in diesem Jahrhundert eine Invasion der USA erlebte. 1915 die Dominikanische Republik und Haiti. Nachdem die USA 1933 abzogen, hinterließen sie dem Land Papa Doc Duvalier. Die Folgen für Hispaniola, das kleine Spanien des Christoph Columbus, sind bis heute schrecklich; vielleicht kann Aristide nach fast 60 Jahren, nach zwei Generationen, dem Land Hoffnung zurückgeben. Grenada war 1983, Panama wurde 1989 von den Marines erobert, um einen Gangster festzusetzen, während in Europa die Menschen aufatmeten, weil der Blockgegensatz und mit ihm der kalte Krieg dahinschmolz. Noriega war ein Zögling des CIA, nützlicher Drogen- und Waffenhändler, so lange er ins Konzept der »miesigen« US-Interessen, dieses Mal nicht in bezug auf den Golf, sondern mit Blick auf den eigenen Hinterhof paßte; danach ist er weniger als eine persona non grata. Oliver North könnte ein Lied davon singen, wenn ihm nicht die Sprache vergangen wäre. Vielleicht war alles auch ganz anders. Das große Nicaragua vermint den Hafen von Los Angeles, so daß sich die kleinen USA um Hilfe an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag wenden mußten - zum Schutz vor den imperialistischen Machenschaften Nicaraguas. Daß dieses Land sich nicht um das Votum der Institution kümmerte, die über die Einhaltung des Völkerrechts zu wachen hat, beweist nur die inzwischen sattsam bekannte sandinistische Infamie und wie sehr die kleinen USA im Recht sind, wenn

sie sich auf das Völkerrecht berufen, auch heute am Golf, wo sie wie in Nicaragua vor einigen Jahren wieder einen Verletzer des Völkerrechts in die gebotenen Schranken weisen.

Der Irak, in den 80er Jahren von den westlichen Staaten aufgerüstet gegen den Iran, nach dem Friedensschluß von 1988 bei seinen Nachbarn Kuwait, Saudi Arabien und den Scheichtümern hoch in der Kreide und fast pleite. Schon der Ecclesiasticus schreibt im Jahre 132 vor unserer Zeitrechnung: »*Borge keinem der stärker ist als Du. Hast Du ihm aber geborgt, sieh es als verloren an*«. Nach dieser Regel wurden die durch die Kreuzzüge reich gewordenen Tempelherren von König Philipp IV und Papst Clemens V. zu Beginn des 14. Jahrhundert vernichtet, die Fugger von der spanischen Krone im 16. Jahrhundert schwer geschädigt und nun Kuwait vom Irak geschluckt. Das provozierend reiche Kuwait wiederum war ungeschickt genug, die Regel des Ecclesiasticus nicht zu respektieren; es wollte seine Milliardenkredite an den Irak nicht abschreiben, wie Pierre Salinger von den Verhandlungen zwischen Irak, Kuwait und anderen Golf-Scheichtümern berichtet. Die Summe machte gerade zwischen 30-35 Mrd US\$ aus, lächerlich gering im Vergleich zu den Guthaben des Mini-Staates im westlichen Ausland und im Vergleich zu den Kosten, die der Krieg heute auf allen Seiten verursacht, von den Menschenleben nicht zu reden. Deren Wert ist nicht zu berechnen, um sie kann nur getrauert werden.

Die Aufregung über diese miese Geschichte ist nicht groß, denn würde sie hochgespielt, müßten viele säumige Schuldner in der ganzen Welt nicht nur vom IWF mit Konditionalität bestraft sondern von den Gläubigern zur Zahlungsbereitschaft gebombt werden. Selbst Atombomben-Dan Quale würde so weit nicht gehen. Denn auch die USA sind derzeit dabei, ihre mehr als 600 Mrd Dollar Außenschulden zu reduzieren, zwar nicht durch Annektion von Gläubigerländern, aber doch wirksam durch den Sturzflug des Dollar. Zu den Milliarden, die Japan, die BRD und andere Länder zur Kriegsfinanzierung beisteuern, müßten die Milliarden gezahlt werden, die die Finanziere des »twin deficits« der USA durch die Dollar-Abwertung verloren haben. So wie in der BRD der Golfkrieg der Bundesregierung den erleichternden Begründungszusammenhang für Kriegs-Steuererhöhungen liefert, die ja zur Finanzierung des friedlichen Aufbaus in der Ex-DDR strikt und wahlkampf wirksam abgelehnt wurden, ist der Krieg für die USA willkommener Anlaß, das spärlicher fließende Auslandskapital in der Form eines »Solidarbeitrags« zum Krieg nach New York und Washington zu lenken. Die A-Konto-Zahlungen der Verbündeten werden umso weniger zu vermeiden sein und umso reichhaltiger ausfallen, je mehr sündhaft teure Raketen und Bomben abgeschossen werden, zumal das schlechte Gewissen mit Spendierhosen herumläuft: wenn erst GIs an von deutschen Firmen geliefertem Gas gestorben sein sollten, wird die Forderung nach monetärer und vielleicht auch militärischer Wiedergutmachung lauter werden.

## Das Regime der Ölpreisbildung

Die Entschuldigungsabsichten des Irak erklären ebensowenig die Okkupation Kuwaits wie letztere die heftige Reaktion der westlichen Führungsmacht und ihrer Verbündeten. Biermann hat Recht, es geht tatsächlich ums Öl. Freilich nicht um die 9,3% der Weltölvorräte, die in der kuwaitischen Erdkruste prospektiert und zur Förderung erschlossen wurden. Die Ölversorgung der Verbraucher wäre noch viele Jahrzehnte gesichert, auch wenn Kuwait und der Irak als Öllieferanten ausfallen sollten; die großen Ölfirmen sind schon eifrig dabei, neue Lagerstätten aufzutun. In der »freien Welt« reichen die gesicherten Ölreserven (Stand vom 1.1.1990) noch 57 Jahre, in Kuwait 167,3, in Saudi-Arabien 141,5 und im Irak 96,8 Jahre. Was die USA und die anderen Mächte nach der Okkupation so in Rage brachte, war vielmehr der gleiche Anlaß, der sie im Verlauf der 80er Jahre dazu veranlaßte, eben den heutigen Bösewicht Irak in seinem erbarmungslosen Krieg gegen den Iran als gern gesehenen Büttel der eigenen Interessen politisch, ökonomisch, militärisch zu unterstützen: Es mag für linksleitartikelnende Journalisten und staatsmännische Grünlinge noch so sehr die hehre Resolution des UNO-Sicherheitsrats, die Garantie des Völkerrechts im Vordergrund stehen; alles Quatsch mit Sauce, und die nicht zu knapp. Als ob die USA sich jemals ans Völkerrecht gehalten hätten, wenn dies ihren Interessen widersprach. Es geht in erster Linie um das *Regime der Ölpreisbildung*. Dieses schien zuerst in den 80er Jahren durch den Iran gefährdet und heute durch den Irak bedroht. Daher mußte in den 80er Jahren der Iran dran glauben, und in den 90er Jahren ist der Irak an der Reihe.

Es ist keine originelle Information, wenn auf die Energieintensität des Produktions- und Konsumtionsmodells der westlichen Industrieländer und in erster Linie der USA, die etwa doppelt so viel Energie (gemessen am Sozialprodukt) konsumieren wie Japan, die BRD oder Italien, verwiesen wird. Diese als »fordistisch« bezeichnete Lebensweise hängt am Öl, und die Öl produzierenden Länder werden wie billige Tankstellen genutzt. Die Tankwarte bekommen ein gutes Gehalt plus Trinkgeld. Doch die Tankstellen befinden sich in einer armen Umwelt, wo die reichen Limousinen sich sichtbar den billigen Sprit holen. Kein Wunder, daß »Neid« und Ideen der Umverteilung aufkommen. Immerhin beträgt das Pro-Kopf-Einkommen in Kuwait nach Angaben der Weltbank im Jahre 1988 13400 US\$, in den Vereinigten Arabischen Emiraten sogar 15770 US\$, in Saudi-Arabien immerhin noch 6200 US\$, in Libyen 5420 US\$, im Iran etwa 2532 US\$, in Algerien 2360 US\$, im islamischen Pakistan gerade 350 US\$, und auch im Ölförderland Indonesien sind es nur 430 US\$. Für den Irak liegen keine offiziellen Daten vor, aber das Pro-Kopf-Einkommen dürfte nach dem Krieg gegen den Iran weit unter dem der »moderaten« arabischen Staaten liegen; es wird auf 1808 US\$ pro Kopf der Bevölkerung geschätzt. Kein Wunder, daß eine Sekundär-Verteilung der aus dem gemeinsamen Ölreichtum erzielten Petrodollar in der arabisch-islamischen Welt auf die Agenda gesetzt worden ist. Dem stimmen auch die schon jetzt geschäftigen Nachkriegsordner aus den USA und Westeuropa zu; schließlich geht es um den Reichtum der anderen, der umverteilt werden soll. Das Modell liefert das

»Recycling« der Petrodollar nach dem »ersten Ölpreisschock« von 1973: Damals sollten die Petrodollars der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten der ärmeren Ölverbraucherländer dienen. Helmut Schmidt meinte schon damals, daß die so entstandenen Schulden niemals bezahlt würden; schließlich trifft die Nicht-Bezahlung keine Armen, solange nicht das fragile internationale Bankensystem involviert ist.

Eine Umverteilung ist allerdings so problemlos nicht. Die »moderaten« Scheichtümer und Königshäuser können mit niedrigem Ölpreis gut leben, zumal die Herrscherhäuser inzwischen hunderte von Milliarden Dollar in den westlichen Ländern, auf Schweizer Nummernkonten deponiert oder in deutschen Aktien oder New Yorker Immobilien angelegt haben. Kuwait und die Golfemirate haben inzwischen höhere Zins- als Öleinnahmen. Folglich vertreten sie als Ölproduzenten auch die Interessen der Ölverbraucher, deren Gläubiger sie sind und an deren Wohlergehen sie interessiert sein müssen. So kommt die Absurdität zustande, daß der Verkäufer der Ware Öl nicht versucht, sie zu möglichst hohem Preis loszuschlagen, sondern dafür sorgt, daß dieser niedrig gehalten wird. Daran hat letztlich auch das 1960 gebildete OPEC-Kartell nichts ändern können. Kostete in Dubai das Barrel Öl 1980 35,8 US\$, so Anfang 1990 16,7 US\$ und im Juni desselben Jahres nur 13,45 US\$. Man kann anhand einer kleinen Rechnung zeigen, die Mohssen Massarrat aufgemacht hat, wie die moderate Rationalität in den Industrieländern genutzt werden kann: In der Bundesrepublik Deutschland zahlte der Autofahrer für eine 50-Liter-Tankfüllung (im August 1990) 67 DM. Davon streicht der Staat 41,50 DM (62%) in Form der Mineralölsteuer ein, 8,50 DM (12,7%) erhalten die Mineralölkonzerne, 1,50 DM (3,7%) der Tankstellenpächter und 14,50 DM (21,6%) entfallen auf Transportkosten und die Förderländer. Der Preis von 67 DM enthält also einen Spielraum, wie ihn kaum ein anderes Produkt bietet: für den staatlichen Steuerzugriff in den Verbraucherländern. Mit den Einnahmen - in der BRD immerhin 32,5 Mrd DM 1989 (ca. 6,1% des gesamten Steueraufkommens) - können Straßen und Krankenhäuser, die Bundeswehr oder die Entwicklungshilfe finanziert werden. Wegen des niedrigen Ölpreises auf den Weltmärkten können andere Energieträger wie Kohle, Wasserkraft oder Atom ökonomisch rentabel nur angeboten werden, wenn der Ölpreis durch Abgaben in den Verbraucherländern angehoben wird. Derzeit wird also die Ölrente von den Verbraucherländern eingefahren, weil die Ölproduzenten trotz OPEC nicht in der Lage und zum Teil auch gar nicht willens sind, für sich einen größeren Teil der Rente anzueignen. Der Irak, der nach dem verlustreichen Krieg, den er ja auch im Interesse der moderaten Araber und der westlichen Verbraucherländer führte, mußte sich, wie Pierre Salinger mitteilt (Der Spiegel, 28.1.1991), düpiert vornehmen, als die Kuwaitis 1988 daran gingen, die Ölförderung zu steigern und zum Preisverfall des Öls beizutragen (1988 war der Preisrückgang besonders drastisch; in Dubai sank der Preis des Barrels Golföl von 14,6 US\$ auf 11,1 US\$, um 1989 erneut leicht anzusteigen und 1990 wieder zu sinken).

Die Industrieländer haben bei einem niedrigen Ölpreis strategische Optionen. Sie

können durch Besteuerung den Preis gerade so hoch ziehen, daß er die Produktion anderer, tradierter Energieträger (z.B. Kohle) noch rentabel sein läßt. Sie können ihn aber auch so niedrig halten, daß alternative, regenerative Energien (Solarenergie) ökonomisch unrentabel bleiben. Oder sie können den Preis für den Endverbraucher auf einem Niveau festsetzen, daß die automobilisierte Stadt nur durch Abgase und Horrorstaus und nicht infolge unbezahlbarer Spritkosten unwirtschaftlich wird. Sie können also das energieintensive Produktions- und Lebensmodell wie gehabt fortsetzen, und sie brauchen sich derzeit nicht um Alternativen zu kümmern: um alternative und regenerative Energien oder alternative, weniger energieintensive Produktions- und Konsumtionsweisen. Der durch das herrschende Ölpreisregime gesicherte niedrige Preis des schwarzen Goldes blockiert demzufolge auch Entwicklungsvarianten in Richtung ökologisch sinnvollerer Lebensweisen in den Industrieländern.

### **Ressourcenraubbau und Ressourcentransfer**

Das fordistische Akkumulationsmodell begann seinen weltweiten Siegeszug in den USA in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts. Es war weniger die überlegene Technologie, die dieses Modell so überzeugend fortschrittlich und ökonomisch profitabel werden ließ und daher hohe Zuwachsraten der Produktivität und der Akkumulation gestattete. Es war der immense Ressourcenverbrauch, der die Entstehung des Fordismus in den USA, auf diesem Kontinent zwischen zwei Ozeanen, begünstigte. Die Steigerung der Produktion je Arbeiter stieß auf keine durch Ressourcenengpässe oder hohe Ressourcenpreise gesetzte Grenzen. Viel Land, viele Bodenschätze gab es und sparsam damit umzugehen, paßte nicht in das fordistische Akkumulationsmodell und die amerikanische Lebensart. 1913 verfügten die USA über 95% aller auf dem Globus bekannten Naturgasvorkommen, über 65% aller Rohölreserven, über 56% aller Kupferschätze oder über 20% der Goldminen in der Welt. Das änderte sich in wenigen Jahrzehnten. Einige Ressourcen wurden physisch erschöpft, andere gaben angesichts des mit der Akkumulation steigenden Bedarfs nicht mehr genügend her, um das Modell des Fordismus am Laufen zu halten. Die »Syntropie-Inseln«, d.h. die hochkonzentrierten Lagerstätten von Ressourcen, wurden aufgebraucht. Seit den 40er Jahren dieses Jahrhunderts jedenfalls müssen auch energetische Ressourcen importiert werden. Was während des zweiten Weltkriegs begann, setzt sich bis in die Gegenwart fort; heute importieren die USA (nach OECD-Angaben) 39,4% des von ihnen konsumierten Rohöls (BRD 95,4%, Japan 99,7%). Die Energy Information Administration der USA schätzte 1990, daß der Gesamtzuwachs des Energieverbrauchs in den USA bis Mitte der 90er Jahre durch Importe von Erdöl und Erdölderivaten abgedeckt werden müsse. In den anderen Industrieländern ist diese Relation wesentlich höher, so daß diese von Preissteigerungen des Erdöls noch mehr betroffen wären als die USA - woraus Präsident Bush wiederum das Argument ableitet, daß am Golf nicht nur die Interessen der USA, sondern aller westlichen Industrielän-

der verteidigt würden.

Bei diesem Sachverhalt der Abhängigkeit von importierbaren Ressourcen wird es existenznotwendig, daß diese zu passablen Preisen erworben werden können; das Regime der Preisgestaltung der strategischen Ressourcen, in erster Linie des Öls, wird Aufgabe der nationalen Politik und der globalen Hegemonialordnung. Tatsächlich bleiben die Ressourcenpreise im Vergleich zu den Preisen der Industriewaren niedrig und sinken sogar in der langfristigen Tendenz. Die realen Rohstoffpreise (ohne Erdöl, deflationiert mit dem Exportpreisindex von Industriewaren) fallen allein von 1980 bis 1989 um 22%; der Ölpreis sogar um 61% (IWF). Dieser für die Rohstoffe produzierenden Länder ebenso desaströse wie für die Industrieländer angenehme Prozeß sich verschlechternder »realer Austauschverhältnisse« zwischen Rohstoff- und Industriewarenpreisen (terms of trade) ist schon häufig beschrieben worden; seine Ursachen sind in der Struktur der internationalen Arbeitsteilung zu suchen: Viele Rohstoffländer sind von einem Produkt und dessen erzielbarem Preis abhängig und sie konkurrieren gegen andere Anbieter, denen häufig genug gut organisierte Monopole aus den Industrieländern gegenüberstehen. Der Protektionismus der Industrieländer tut das Seine, um Rohstoffländern eine Diversifizierung ihres Angebots in Richtung verarbeiteter Produkte zu erschweren. Hinzu kommen Abhängigkeiten der Rohstoffnachfrage von der industriellen Konjunktur, von den Zinssätzen, die die Lagerhaltung beeinflussen, und von technologischen Innovationen, die Rohstoffe substituieren helfen. Die erfolgreiche Vermarktung von Rohstoffen wiederum hat häufig die »holländische Krankheit« zur Folge: Die Währung von Ölländern wie Mexiko und Venezuela wird wegen der Exporterfolge des Öls aufgewertet. Umgekehrt verbilligt dieser Effekt Importe von Industriegütern und erschwert Exporte von anderen Produkten. Da im prosperierenden Ölsektor auch höhere Löhne gezahlt und für Kredite bessere Sicherheiten gegeben werden können, werden obendrein Löhne und Zinsen für andere Branchen erhöht. Die »holländische Krankheit« erschwert Industrialisierung, Diversifizierung und daher Strategien zur Verringerung der Abhängigkeit von Rohstoffexporten. Nur die »Öl- und Sandstaaten« des Golfes mit kleiner Bevölkerung und ohne Industrialisierungsperspektiven sind gegen die Erreger der »holländischen Krankheit« immun. Besonders wichtig sind auch die Versuche der Rohstoffländer, durch verschuldete Industrialisierung in den Club der Industrieländer zu gelangen. Diese Strategie können sie nur finanzieren, indem die Rohstoffe auf den Markt geworfen werden. So sorgen die Rohstoffexporteure selbst dafür, daß deren Preise für die Industrieländer angenehm niedrig bleiben. Die »terms of trade« sind für die Rohstoffländer also aus in die Struktur der Weltarbeitsteilung eingeschriebenen Gründen gesunken, nicht infolge konjunktureller, und daher korrigierbarer Fehlentwicklungen. Die hegemoniale Ordnung mit ihren Institutionen stützt diese Tendenzen: Die Liberalisierung im Rahmen des GATT räumt die Hindernisse die den Marktkräften entgegen stehen beiseite, der IWF sorgt mit seiner Konditionalität für Anpassung an die vom Weltmarkt diktierten Bedingungen und die Weltbank unterstützt die Vermarktung exportierbarer Res-

sources.

Diese Ordnung hat bislang den Industrieländern tatsächlich zu den billigen Ressourcen verholfen, die sie zur Aufrechterhaltung des vorherrschenden Industriemodells benötigen. Nach den Ölpreisschocks 1973 und 1979 wurden zwar Anstrengungen zur Einsparung von Energie unternommen, aber nur halbherzig und in den USA am wenigsten. In seiner Rede an die Nation vom 30. Januar 1991 versprach Präsident Bush nicht nur den Sieg im Krieg und eine neue »moralische Weltordnung«, sondern den US-Bürgern auch neue Autobahnen. Der »american way of life« wird bis auf die absurde Spitze getrieben. Wem an den positiven Seiten dieser Lebensweise gelegen ist, wird die Absurdität kritisieren und sich den Vorwurf des Antiamerikanismus von Kritikern gefallen lassen müssen, die inzwischen an Stelle des gewöhnlichen Bretts das Sternenbanner vorm Kopf tragen.

Kein Wunder, wenn kalkuliert wird, welche Effekte eine als Folge des Golfkriegs befürchtete Ölpreissteigerung haben könnte. In den Industrieländern würde bei 40%iger Preisanhebung (also noch nicht einmal auf das Niveau von 1980) nach Angaben des IWF das Wachstum des Sozialprodukts um 0,5% zurückgehen, die (langfristigen) Zinsen würden um 0,4% steigen, die Inflation um 0,8% zunehmen und die verfügbaren Einkommen im Durchschnitt um 1,1% sinken. In den armen Ländern der Dritten Welt sind die Konsequenzen widersprüchlich. Die Ölexporture können vom Lieferausfall aus der Golfregion profitieren, die Ölimporture hingegen sind bei tendenziell sinkenden Rohstoffpreisen (von Januar bis November 1990 fielen beispielsweise die Kaffeepreise um 30%) noch schlimmer dran als zuvor. Der IWF rechnete (vor Kriegsbeginn, also bevor das Ausmaß der Verwüstungen auch nur annähernd berücksichtigt werden konnte) mit einer zusätzlichen Belastung der Schuldnerländer in der Größenordnung von 21,9 Mrd US\$ allein im Jahre 1991. Die finanziellen Lasten des Schuldendienstes steigen, das Elend breitet sich aus, die Perspektivlosigkeit des Entwicklungsmodells der Industrialisierung bestimmt das Alltagsleben in Afrika, Lateinamerika und großen Teilen Asiens.

Es ist nicht der mögliche Ölpreisanstieg, der dieses Szenario wirklich in Szene setzen würde. Wenn der Krieg nur kurz ist, und wenn nicht der Golf in Brand gesetzt wird, wenn die Irakis nicht die Chemie- und die Amerikaner oder Israelis nicht die angedrohte Atomwaffe einsetzen, könnte der Ölpreis sogar sinken, weil die durch den Krieg zerstörten Länder unbedingt Devisen zum Wiederaufbau nach dem Krieg beschaffen müssen und daher das Öl die Märkte überschwemmen könnte. Nun könnten jene westlichen Firmen ihr Stück vom Petrodollar-Kuchen abschneiden, die sich auf den Wiederaufbau der Städte und Einrichtungen spezialisiert haben, deren Zerstörung mit den Waffen perfektioniert worden ist, von deren Lieferung andere westliche Firmen bereits profitiert haben. Während in den Industrieländern der Ölpreis einen Spielraum für staatliche Optionen der Preisgestaltung läßt, haben die armen Länder diesen Spielraum nicht. Ihre Energieabhängigkeit ist gleichbedeutend mit höherer Verwundbarkeit der nationalen Ökonomie. Die Gegensätze in der Weltwirtschaft werden also heftiger.

Es ist als erstrangige Aufgabe einer Hegemonialmacht bezeichnet worden, den Zugang aller Gesellschaften zu der für die Produktionsweise dominanten Energie zu gewährleisten. Der Krieg am Golf wird, wie Präsident Bush höchstpersönlich klarlegte, gerade darum geführt, und die Pläne einer Nachkriegsordnung sehen die Ölversorgung zu moderaten Preisen vor. Daß hier die Interessen der Industrieländer vorherrschen und diejenigen der afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Länder sekundär sind, ist eine Folge der Dominanzstrukturen im Rahmen dieser Hegemonialordnung. Dies hat noch eine weitere Dimension, die derzeit nur wenig beachtet wird und auch hier nur angedeutet werden kann. Es geht nicht nur um diejenigen Ressourcen, die als Inputs das ressourcenintensive Akkumulationsmodell am Laufen halten. Da die Inputs bezahlt werden müssen, kommt es tatsächlich auf den Preis und das Regime der Preisbildung an. Immer wichtiger aber werden die unentgeltlich genutzten Ressourcen von Boden, Wasser und Luft als Deponien für Emissionen der Industrieländer. Denn je mehr Energie und Material verbraucht wird, desto mehr Abluft, Abwasser, Abfall wird produziert. Da die »sphärische Belastbarkeit« des Planeten Erde aber begrenzt ist, können nicht alle fast sechs Milliarden Menschen in gleicher Weise Atmosphäre, Lithosphäre und Hydrosphäre beanspruchen wie die 250 Mio US-Bürger oder die 76 Mio Deutschen. Zukünftige Konflikte werden nicht nur Ressourceninputs, sondern auch die Ressourcenbeanspruchung durch Emissionen zum Gegenstand haben. Die Irrfahrten der Müllschiffe sind bedeutungsschwache Vorboten, die Öko-Flüchtlinge verweisen auf die Tragweite des Problems, die zum Scheitern verurteilten Industrialisierungsversuche nach fordistischem Muster werden, selbst Asche, die Kohle neuer Konflikte sein.

### »pax americana« oder »bellum americanum«?

Sicherlich wird der Golfkrieg nicht nur sondern auch um Ressourcen geführt. Die Psychologie von Saddam Hussein, auf die sich der Ferndiagnostiker Enzensberger eingeschossen hat, spielt ebenso eine Rolle wie die Versuche des Präsidenten Bush, die Medien-Unterstellung, er sei ein »wimp«, für alle Zukunft vom Tisch zu wischen. Doch gibt es persistente Interessen in diesem Krieg, und die haben mit Ressourcen zu tun. Doch wie auch immer der Krieg ausgeht: Die USA mit ihren »miesen« Interessen sind ein Opfer der List der Geschichte und zerstören, auch wenn sie sich zum Sieger in diesem Pyrrhus-Krieg aufschwingen, die Ordnung der »pax americana«, die sie nach dem zweiten Weltkrieg errichtet haben und die so verhältnismäßig gut (immerhin wurden in dieser Zeit etwa 175 Kriege geführt, die meisten unter Beteiligung einer der beiden oder beider Supermächte) mehrere Jahrzehnte funktionierte. Insofern ist dieser Krieg, selbst wenn er nur Monate und nicht Jahre dauern sollte, viel mehr Ausdruck einer Zeitenwende als der Vietnamkrieg es war. »*A Declining Empire Goes to War*«, schreibt Paul Kennedy (Wall Street Journal, 25.-26.1.1991) über die Rolle der USA im Golfkrieg; eine Hegemonialmacht, die bei sich zu Hause die Infrastruktur verfallen läßt, deren Bil-

dungssystem auf die Herausforderungen der 90er Jahre keine Antwort geben kann, deren Produktivität hinter den konkurrierenden Wirtschaftsmächten zurückzufallen tendiert, verliert die ökonomischen Reserven und die politische Glaubwürdigkeit. Doch hat die absteigende Hegemonialmacht ihre überlegene Militärmacht, auch wenn sie sich deren Einsatz von den Verbündeten in harter Währung aufwiegen läßt.

Aber auf der militärischen Durchsetzung mieser Interessen konnte noch niemals eine Weltordnung gegründet werden. Ohne Moral geht es nicht. Und die kann nicht mit dem Verweis auf den rechtfertigenden Status von UNO-Resolutionen herbeigeredet werden. Die Moral in einer Weltordnung müßte verallgemeinerbar und in sich konsistent sein; Bush hat dazu nichts aussagen können. Die Aktion im Golf, mit der den Irakis und anderen potentiell aufmüßigen Gestalten »all over the world« mores gelehrt werden sollen, untergräbt gerade diese Bedingungen »moralischer Führung«. So bleibt die Logik militärischer Gewaltausübung, die Zerstörung von Politik und Moral. Die UNO wird in eine erweiterte NATO verwandelt, und das kann ja nur heißen, daß der Mehrzahl der UNO-Mitglieder das Forum von Interessenartikulation und Konfliktregelung genommen wird. Dies ist der Übergang von der bipolaren zur unipolaren Struktur des globalen politisch-militärischen Systems. Die Unipolarität überträgt sich auf alle Institutionen einer ehemals bipolaren Welt und schnürt die politischen Optionen aller Länder ein. Für die mit den USA traditionell eng verbündeten Industrieländer mag dies derzeit wenig Probleme aufwerfen, für die Länder der »Dritten Welt« hingegen bedeutet dies eine Katastrophe.

Die neue Weltordnung, von der Bush sprach, wird von Gewalt regiert und nicht durch irgendwie institutionalisierte Normen und Werte reguliert. Ob Israel mit Patriots und US-Marines auf der arabischen Halbinsel besser geschützt sein wird als durch einen sofortigen Waffenstillstand und daran anschließende Verhandlungen über die in der arabischen Welt anstehenden Probleme einschließlich der besetzten Gebiete, selbst wenn Saddam Hussein noch nicht »zwangsabgerüstet« ist, darf bezweifelt werden. Die Gegensätze in der gegenwärtigen Welt werden durch diesen Krieg nicht kleiner, und wenn Saddam besiegt sein wird, werden sie irgendwo, irgendwie gewaltsam ausbrechen. Die Ära der Ressourcenkriege hat begonnen. Am Ende des Ost-West-Konflikts bricht keine Zeit des Friedens an, in einer Achsendrehung sind die Fronten gen Süden verschoben worden. Dies dürfte so lange bleiben, wie der immense Ressourcenverbrauch Attribut des Akkumulationsmodells ist und zu Produktions- und Lebensweise gehört. Saddam niederzukämpfen und alles sonst in den Industrieländern beim alten zu lassen, ist keine Lösung des im Golfkrieg aufblitzenden grundlegenden Konflikts. Eine Friedensepoche nach dem Ende des Kalten Kriegs wird es nur geben, wenn auch im marktwirtschaftlichen, demokratischen und freien Westen Änderungen der gesellschaftlichen Regulationsweise ins Auge gefaßt und nicht nur die tradierten Formen von Produktion und Konsumtion verteidigt werden. Aber dies ist ein breites Thema, das hier nicht mehr ausgeführt werden kann...